

Kabinettsverabschiedete Bundeshaushalt 1989:

Kurs der Konsolidierung wird fortgesetzt

Das Bundeskabinett hat am 7. Juli 1988 die Gesetzentwürfe zum Nachtragshaushalt 1988, Bundeshaushalt 1989 und zu den steuerlichen Maßnahmen sowie den Finanzplan bis 1992 beschlossen. Der Entwurf des Bundeshaushalts 1989 steigt gegenüber dem Soll 1988 um 4,6 v. H. an. Ursache für diese vergleichsweise hohe Steigerungsrate sind 1989 einsetzende Bundesleistungen an strukturschwache Länder in Höhe von 2,5 Mrd. jährlich sowie Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit in Höhe von 3,3 Mrd. DM

Im Finanzplan bis 1992 wachsen die Ausgaben des Bundes um 2,0 v. H. im Jahre 1990 und je 2,5 v. H. in den Folgejahren. 1989 wird der Bund aufgrund der Vereinbarungen des Europäischen Rates vom Februar 1988 5,4 Mrd. DM seiner Einnahmen zusätzlich an die EG übertragen. 1988 werden es 4,4 Mrd. DM sein.

Nachdem die Nettokreditaufnahme 1988 gegenüber dem bisherigen Soll um knapp 10 Mrd. DM voraussichtlich auf etwas über 39 Mrd. DM ansteigt, soll sie 1989 auf knapp 32 Mrd. DM zurückgeführt werden. Nach einem vorübergehenden Anstieg im Jahr 1990 infolge der Auswirkungen der Steuerreform 1990 geht die Nettokreditaufnahme auf 29,7 Mrd. DM im Jahr 1992 zurück.

Ferner hat das Kabinett einen Nachtragshaushalt 1988 beschlossen. Hier werden die EG-Abführung

HEUTE AKTUELL

● Europa

Helmut Kohl zog vor dem Europäischen Parlament in Straßburg eine erfolgreiche Bilanz der deutschen Präsidentschaft. Seite 6

● Flugblatt zu Europa

Seite 11

● Jugendpolitik

Rita Süßmuth zum 25jährigen Bestehen des Deutsch-Französischen Jugendwerks. Seite 13

● Rheinland-Pfalz

Bericht vom Landesparteitag der CDU in Bad Dürkheim. Seite 15

● Sport

Bundesregierung hilft den Vereinen. Seite 21

● Öffentlichkeitsarbeit

Weitere Materialien zum 36. Bundesparteitag. Seite 23

● Dokumentation

Bilanz der deutschen Ratspräsidentschaft in der EG. Grüner Teil

und der weitgehende Wegfall des Bundesbankgewinns aufgrund des Rückgang des Dollarkurses Ende 1987 durch höhere Kreditermächtigungen ausgeglichen. Eine Liquiditätshilfe an die Bundesanstalt für Arbeit in Höhe von 1,1 Mrd. DM wird ohne zusätzliche Kreditaufnahme finanziert.

Dazu erklärte der Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg:

1. Die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ist kräftiger ausgefallen als um die Jahreswende erwartet und hat sich in den letzten Monaten weiter gefestigt. Damit haben sich nicht die Befürchtungen bestätigt, im Gefolge der Turbulenzen an den Finanzmärkten vom Oktober letzten Jahres werde es zu einer empfindlichen Wachstumsschwächung kommen. Hierzu hat die besonnene Reaktion der Wirtschafts- und Finanzpolitik Ende 1987 und das international abgestimmte Vorgehen der politisch Verantwortlichen beigetragen.

Die Bundesregierung erwartet jetzt für 1988 ein gesamtwirtschaftliches Wachstum von etwa 2½ v. H. Diese günstige wirtschaftliche Entwicklung vollzieht sich vor dem Hintergrund weiterhin **hoher Preisstabilität**. Es ist nicht zu befürchten, daß es in naher Zukunft zu inflationären Spannungen kommt.

Die Finanzpolitik der Bundesregierung hat maßgeblich dazu beigetragen, daß sich die Bundesrepublik Deutschland inzwischen im sechsten Jahr einer stetigen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung befindet.

2. Mit den jetzt getroffenen Entscheidungen setzt die Bundesregierung ihren stabilitäts- und wachstumsstützenden finanzpolitischen Grundkurs fort und trägt zugleich neuen Herausforderungen an die Finanzpolitik mit notwendigen Entscheidungen Rechnung:

Zitat

„Manche Leute werden das Jammern nicht einstellen. Wir haben jetzt die heftigen Attacken des Deutschen Städtetages. Dabei haben die Steuereinnahmen der Städte, Kreise und Gemeinden im ersten Vierteljahr 1988 um neun Prozent zugenommen. Obwohl die Steuern 1988 um 14 Milliarden sinken, steigen die Einnahmen der Kommunen in einem nie erwarteten, seit über zehn Jahren nicht dagewesenen Tempo. Aber bestimmte Leute werden nie aufhören zu jammern.“

★

Der übererwartet positive Wirtschaftsverlauf 1988 wird übrigens entscheidend mitgefördert durch die Steuerentlastung von 14 Milliarden Mark, die in diesem Jahr wirksam werden. Insofern ist das schon ein guter Test für die Steuerreform 1990.“

(Gerhard Stoltenberg im „Flensburger Tageblatt“)

- 1988 werden die für die **Bundesanstalt für Arbeit** notwendigen Mehrausgaben in Höhe von 1,1 Mrd. DM in voller Höhe durch Ausgabenkürzungen und Steuermehreinnahmen — d. h. ohne zusätzliche Neuverschuldung — ausgeglichen.
- 1989 wird das Ausgabenwachstum ohne die Hilfen an die **strukturschwachen Länder** und an die Bundesanstalt für Arbeit auf 2,5 v. H. begrenzt.
- In den Jahren 1988 bis 1992 ist ein durchschnittlicher Ausgabenanstieg von 2,8 v. H. vorgesehen.
- 3. Zusätzliche Haushaltsanforderungen** ergeben sich für den Bund in drei Bereichen: Die Europäischen Gemeinschaften weisen einen stark zunehmenden Finanzbedarf auf. Die Bundesanstalt für Arbeit

kann ihre steigenden Ausgaben nicht mehr im Rahmen der bisherigen Einnahmen finanzieren, und die strukturschwachen Länder benötigen zusätzliche Finanzhilfen des Bundes. Angesichts dieser zusätzlichen Erfordernisse ist eine begrenzte Anhebung spezifischer Verbrauchsteuern unumgänglich. Die Mehrbelastungen des Bundes werden durch die Steuererhöhung allerdings nicht in vollem Umfang ausgeglichen.

4. Die Neuverschuldung des Bundes wird dennoch 1989 auf knapp 32 Mrd. DM zurückgeführt. Nach der Steuerschätzung im November ist zu prüfen, ob eine weitere Rückführung vertretbar ist.

5. Auf eine Beitragsanhebung in der Arbeitslosenversicherung zum Ausgleich des Defizits der Bundesanstalt für Arbeit wurde verzichtet. Eine solche Abgabenerhöhung hätte die Lohnnebenkosten weiter erhöht.

6. Die Anhebungen der Verbrauch- und anderen indirekten Steuern sind nicht nur haushaltswirtschaftlich erforderlich, sondern auch aus folgenden Gründen vertretbar:

- Nach der wesentlich stärkeren Senkung der direkten Steuern sollen die indirekten Steuern maßvoll angehoben werden.
- Die Energiepreise sind heute wesentlich niedriger als vor zwei Jahren.
- Mit den Steuererhöhungen auf Benzin und Heizöl wird dem Ziel der EG-Steuerharmonisierung Rechnung getragen.
- Die Einführung einer Erdgassteuer mit einem niedrigen Satz führt zu einer ausgewogenen Energiebesteuerung.

7. Die investiven Ausgaben des Bundes steigen von 34,09 Mrd. DM im Jahr 1988 auf 36,52 Mrd. DM im Jahr 1989 an und verbleiben dann in den Folgejahren auf diesem hohen Niveau.

Bundeskanzler **Helmut Kohl** unterstrich in der Kabinettsitzung die Absicht der Koalition, in den nächsten Jahren an der Politik der finanz- und haushaltspolitischen Disziplin festzuhalten und den Kurs der Konsolidierung fortzusetzen. Die große Steuerreform mit einer Netto-Entlastung von fast 50 Mrd. DM (1986 bis 1990) bei den direkten Steuern trage entscheidend zur positiven Wirtschaftsentwicklung bei. Auch bei Berücksichtigung der notwendigen Verbrauchsteuererhöhung zeichne sich bei den Einkommen von Arbeitnehmern und Unternehmern in den nächsten Jahren ein positiver Trend ab. Der Beschluß, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung nicht zu erhöhen, bezeichnete der Bundeskanzler als wichtiges Signal für alle Anstrengungen, die Lohnnebenkosten zu stabilisieren. Dies sei auch richtig, um die gute Qualität des „Standortes Bundesrepublik Deutschland“ für die Zukunft zu sichern.

Zitat

„Das Ganze ist nur historisch erklärbar: Es ist die Finanzruine, die uns Matthöfer und Schmidt bei ihrem leider vergeblichen Versuch hinterlassen haben, eine allgemeine Flugbenzinsteuer einzuführen. Das wäre das einzig Vernünftige. Und wir haben ja bei der Verabschiedung der Steuerreform eine Entschliebung gefaßt und die Bundesregierung aufgefordert, darauf hinzuwirken, in Europa eine allgemeine Flugbenzinsteuer einzuführen, die alle Flugbenzinverbraucher einigermaßen gleichmäßig belastet. Und wir haben die Bundesregierung aufgefordert, bereits bei der Vorlage des Mineralölsteuergesetzes — das wird im Herbst sein — dazu einen ersten Bericht vorzulegen . . .“

(Alfred Dregger im „Deutschlandfunk“ vom 5. 7. 1988)

Entwurf Bundeshaushalt 1989

Einzelplanübersicht

Ausgaben

Einzelplan	verfügb. Soll 1988 ¹⁾	Entwurf 1988	Veränderung gegen Vorjahr
	in Mio. DM		in v. H.
01 Bundespräsidialamt	22,4	27,6	+ 23,2
02 Bundestag	586,7	601,7	+ 2,6
03 Bundesrat	14,5	14,5	0,0
04 Bundeskanzleramt	531,5	572,2	+ 7,7
05 Auswärtiges Amt	2633,6	2739,3	+ 4,0
06 Inneres	3963,3	4202,2	+ 6,0
07 Justiz	454,6	467,2	+ 2,8
08 Finanzen	3743,7	3856,5	+ 3,0
09 Wirtschaft	6238,4	7486,5	+ 20,0
10 Ernährung, Landwirtschaft	8531,8	9522,5	+ 11,6
11 Arbeit und Soziales	61776,3	66888,6	+ 8,3
12 Verkehr	25755,5	24885,1	+ 0,3 ²⁾
13 Post- und Fernmeldewesen	22,1	21,2	- 4,1
14 Verteidigung	51350,4	53300,0	+ 3,8
15 Jugend, Familie, Frauen, Gesundheit	19358,1	19684,2	+ 1,7
16 Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit	488,8	529,6	+ 8,3
19 Bundesverfassungsgericht	15,1	15,5	+ 2,6
20 Bundesrechnungshof	52,7	56,6	+ 7,4
23 Wirtschaftliche Zusammenarbeit	6814,2	7005,2	+ 3,1 ³⁾
25 Raumordnung, Bauwesen	6102,0	6081,7	- 0,3
27 Innerdeutsche Beziehungen	1083,3	1168,4	+ 7,9
30 Forschung und Technologie	7439,1	7654,3	+ 2,9
31 Bildung und Wissenschaft	3447,9	3558,4	+ 3,2
32 Bundesschuld	35863,8	37018,1	+ 3,2 ³⁾
33 Versorgung	10903,2	10000,0	+ 0,1
35 Verteidigungslasten	1796,8	1814,7	+ 1,0
36 Zivile Verteidigung	876,2	877,2	+ 0,1
60 Allgemeine Finanzverwaltung	16056,1	17712,0 ⁴⁾	+ 10,3
Gesamtsumme	275400,0	288150,0	+ 4,6

1) einschließlich Nachtrag mit Sperre in Höhe von 300 Mio. DM (aufgeteilt auf die Einzelpläne)

2) bereinigt um umgesetzte Zinsaufwendungen DB

3) unter Berücksichtigung von Rückflußmitteln

4) einschließlich Entlastung strukturschwacher Länder

Die große Steuerreform auf einen Blick

Fast alle reden über die Steuerreform. Über ihre tatsächlichen Vor- und ihre angeblichen Nachteile. Über ihre drei Stufen. Über ihr Volumen. Über die Veränderungen, die sie während der parlamentarischen Beratungen erfahren hat.

Doch so ganz genau sind die Schwerpunkte nicht im Blick: die Punkte, die schwerwiegen, weil sie — für den Steuerzahler — im wahrsten Wortsinn erleichternd sind.

Wir haben sie knapp und präzise zusammengefaßt. In der Hoffnung, daß diese Übersicht Ihnen bei künftigen Analysen und Kommentaren von Nutzen sein wird.

Finanzielle Auswirkungen der Steuerreform

— Mrd. DM im Entstehungsjahr —

	1986	1988	1990	1986—1990	
				Mrd. DM	%
I. Tarif	5,7	12,9	31,9	50,5	81,7
— Grundfreibetrag	2,1	1,4	5,9	9,4	15,2
— Eingangssatz	—	—	6,2	6,2	10,0
— Progressionsabflachung	3,6	11,5	18,7	33,8	54,7
— Spitzensatz	—	—	1,1	1,1	1,8
II. Familie	5,2	0,3	2,2	7,7	12,5
— Kinderfreibetrag	4,8	—	1,8	6,6	10,7
— übrige Familienfreibeträge	0,4	0,3	0,4	1,1	1,8
III. Sonstige Maßnahmen	—	0,5	3,1	3,6	5,8
— Sonderabschreibungen für kleinere u. mittlere Betriebe	—	0,5	—	0,5	0,8
— Verbesserung d. Vorwegabzugs	—	—	0,6	0,6	0,9
— Senkung des KSt.-Tarifs	—	—	2,5	2,5	4,1
IV. Bruttoentlastungen insgesamt	10,9	13,7	37,2	61,8	100
V. Abbau von Steuervergünstigungen	—	—	18,1	18,1	—
VI. Nettoentlastungen	10,9	13,7	19,1	43,7	—

Nachrichtlich:

- Verbesserung der Bauabschreibungen 1990: rund 4 Mrd. DM
- Nettoentlastung 1990 einschließlich Bauabschreibungen: rund 48 Mrd. DM

Helmut Kohl vor dem Europäischen Parlament:

Europa ist wieder da!

Bundeskanzler Helmut Kohl hat am 5. Juli 1988 dem Europäischen Parlament in Straßburg über die Ergebnisse des letzten EG-Gipfels berichtet, der am 27. und 28. Juni in Hannover stattfand. In seiner Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg wies der Bundeskanzler auf die Fortschritte der Gemeinschaft auf dem Wege zum Ziel „Binnenmarkt 92“ hin, die in der Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft gemacht werden konnten; hierzu zählen vor allem die Entscheidungen für die Liberalisierung des Kapitalverkehrs und im Transportwesen, die gegenseitige Anerkennung der Hochschuldiplome und die weitere Öffnung des öffentlichen Beschaffungswesens. Die Rede hatte folgenden Wortlaut (leicht gekürzt):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich freue mich, daß ich Ihnen heute über die Ergebnisse des Europäischen Rats vom 27. und 28. Juni 1988 in Hannover berichten kann. Das für mich wichtigste an dieser Sitzung des Rates war, daß sich der Rat erstmals seit langer Zeit wieder seiner eigentlichen politischen Aufgabe widmen konnte, nämlich

- politische Diskussion zu führen,
- Bilanz zu ziehen und gleichzeitig
- Leitlinien und Orientierungen für die Zukunft zu erarbeiten.

Dies war möglich, weil wir in den letzten Monaten das, was wir uns vorgenommen hatten, auch in die Praxis umsetzen konnten. Die wiedergewonnene Dynamik der Gemeinschaft zeigte sich zum einen darin, daß die Entscheidungen des Son-

dertreffens des Europäischen Rates im Februar noch vor Ende unserer Präsidentschaft umgesetzt werden konnten. Hierzu hat das Europäische Parlament einen ganz wesentlichen Beitrag geleistet. Diese neue Schubkraft der europäischen Politik spiegelt sich zum anderen in den großen Fortschritten wider, die wir beim Binnenmarkt erreicht haben.

Besonders deutlich wird dies an den Entscheidungen in den Schlüsselbereichen, wie

- der Liberalisierung des Kapitalverkehrs und des Güterkraftverkehrs,
- der gegenseitigen Anerkennung der Diplome oder
- dem öffentlichen Beschaffungswesen.

Insgesamt ist — jetzt — Mitte 1988 — ein Drittel des im Weißbuch der Kommission niedergelegten ehrgeizigen Programms in die Tat umgesetzt. Wir haben in Hannover aber nicht nur diese Erfolgsbilanz betrachtet, sondern uns auch die Probleme vergegenwärtigt, die wir noch zu bewältigen haben. Dazu gehören insbesondere so schwierige Fragen wie die Steuerharmonisierung oder die Entwicklung des europäischen Gesellschaftsrechts. Wir waren uns im Kreis der Staats- und Regierungschefs einig, daß wir in unseren Bemühungen nicht nachlassen dürfen, daß wir zügig weiterarbeiten müssen, wenn wir unser Zieldatum 1992 einhalten wollen.

Im Einklang mit dem Weißbuch der Kommission haben wir als konkrete Prioritäten für die nächste Zeit festgelegt:

- die weitere Öffnung des öffentlichen Beschaffungswesens,
- die Verwirklichung des freien Dienst-

leistungsverkehrs für Banken und sonstige finanzielle Dienstleistungen,

- die weitere Angleichung der Normen und
- die Regelungen zum geistigen Eigentum.

Wir haben in einer intensiven Diskussion die Anregung des französischen Staatspräsidenten Mitterrand aufgenommen und uns eingehend mit der Lage im audio-visuellen Bereich beschäftigt. Präsident Mitterrand hat zu Recht auf die unübersehbare Lücke hingewiesen, die zwischen europäischer Produktion und dem tatsächlichen Programmangebot klafft. Dank Kabel- und Satelliten-Technik haben wir heute ein ständig wachsendes, vielfältiges Programmangebot, das leider nur zu einem geringen Teil aus europäischer Produktion stammt. Wir waren uns in Hannover einig, daß in Zukunft besondere Anstrengungen notwendig sind, um den Reichtum und die Vielfalt unserer europäischen Kulturlandschaft auch stärker in den Programmen hervortreten zu lassen. Der Europäische Rat hat ausdrücklich anerkannt, daß wir in diesem Bereich möglichst eng mit dem Europarat zusammenarbeiten müssen. Dies erscheint mir besonders wichtig, da damit nicht nur der bestehenden engen Kooperation zwischen europäischen Rundfunk- und Fernsehanstalten Rechnung getragen, sondern auch deutlich wird, daß europäische Kultur einen weit größeren Raum umfaßt als lediglich den Raum der EG.

Die Vollendung des Binnenmarktes ist eine Herausforderung, die mit der Gründungsphase der Gemeinschaft vergleichbar ist. Nach den Untersuchungen, die uns vorliegen, wird dieser große einheitliche Markt beträchtliche Wachstumspulse auslösen und damit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen, was immer auch bedeutet, einen Beitrag zur Bekäm-

fung der Arbeitslosigkeit zu leisten. Der Binnenmarkt ist zugleich ein entscheidender Beitrag zur Sicherung unserer Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten und damit unserer Zukunft. Wir sind jetzt auf gutem Kurs. Lassen Sie uns — Parlament, Rat, Kommission — gemeinsam auf diesem Weg vorangehen. Wir werden ein so wichtiges Vorhaben wie den Binnenmarkt nur dann verwirklichen können, wenn wir alle gesellschaftlichen Kräfte d.h. die Sozialpartner, die Repräsentanten der Wirtschaft ebenso wie die Gewerkschaften hierfür gewinnen können.

Entsprechend den Zielsetzungen der Römischen Verträge und der Einheitlichen Europäischen Akte brauchen wir einen europäischen Wirtschafts- und Sozialraum. Wir sollten daher an dem wichtigen Teilbereich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, in dem wir gerade in jüngster Zeit greifbare Fortschritte erzielt haben, intensiv weiterarbeiten. Auch Fragen der Berufsaus- und fortbildung sollten wir besondere Beachtung schenken. Der Europäische Rat hat gleichzeitig bekräftigt, daß die Maßnahmen der Gemeinschaft zur Verwirklichung des Sozialraumes nicht zu einer Abschwächung bestehender nationaler Vorschriften zum Schutz der Arbeitnehmer und zur Sicherung ihrer Rechte führen dürfen. Der Binnenmarkt darf nicht zum Vorwand für den Ausstieg aus strengeren Vorschriften werden.

Europa wird nur in dem Maße Gestalt annehmen, als sich seine Bürger mit ihm identifizieren. Der soziale Dialog ist für mich daher ein ganz wichtiger Bestandteil eines lebendigen „Europas der Bürger“.

Aber dieses „Europa der Bürger“ darf auch in anderen Bereichen kein Schlagwort bleiben. In zunehmendem Maß stellen unsere Bürger die Frage, was wir auf europäischer Ebene tun, um mit den

bedrohlichen Phänomenen des Terrorismus, des Drogenhandels und der zunehmenden internationalen Bandenkriminalität fertig zu werden. Wir hatten in Hannover auf meine Anregung hin über diese Fragen eine erste, sehr intensive Diskussion, die wir fortsetzen werden.

Wir waren uns darin einig, daß wir — zumal bei immer stärker durchlässigen Binnengrenzen — Überlegungen anstellen müssen, wie wir unsere Handlungsfähigkeit verbessern können. Daher — und das spreche ich mit Bedacht aus — dürfen wir uns auch nicht scheuen, mittelfristig neue Wege der Zusammenarbeit in diesem Bereich zu gehen. Der Bürger erwartet auch zu Recht, daß die Gemeinschaft seine Sorgen um die Umwelt ernst nimmt. Wir haben in Hannover ausführlich über die aktuellen Probleme der Umweltverschmutzung gesprochen, insbesondere über jene, die sich in den letzten Wochen in der Nordsee ergeben haben. Wir waren uns darin einig, daß die Gemeinschaft aufgefordert ist, eine offensive Umweltpolitik zu führen.

Denn: Wir wären schlecht beraten, wenn wir immer nur auf schon eingetretene Ereignisse oder Katastrophen reagieren würden. Der Umweltrat hat in den letzten Wochen Einvernehmen in wichtigen Bereichen wie z.B. bei den Großfeuerungsanlagen oder den Emissionen von Kraftfahrzeugen erzielt. Sie sind gewiß aus der Sicht vieler — gerade deutscher — Bürger nicht zufriedenstellend, stellen aber einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung dar, in einer Richtung, die wir weitergeben müssen. Unsere Umweltpolitik kann nicht an den Grenzen der Gemeinschaft halt machen. Der Weltwirtschaftsgipfel in Toronto hat auf unsere Anregung hin dieses Thema erörtert und dringlich zu stärkerer internationaler Zusammenarbeit aufgerufen. Die

Gemeinschaft muß hierzu ihren Beitrag leisten.

Einen der Schwerpunkte der Beratungen des Europäischen Rates bildete der Ausbau der Zusammenarbeit in der Währungspolitik in der Perspektive der Wirtschafts- und Währungsunion, deren schrittweise Verwirklichung wir entsprechend der Einheitlichen Europäischen Akte anstreben. Wir haben nach intensiven und auch schwierigen Beratungen ein Gremium berufen, das die konkreten Etappen zur Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion prüfen und entsprechende Vorschläge vorlegen soll. Kern dieses Gremiums bilden die jeweiligen Notenbankgouverneure, die wir hierzu ad personam eingeladen haben.

Dieses Gremium soll, damit deutlich wird, daß die Arbeit vorangeht und nicht vertagt wird, rechtzeitig innerhalb der nächsten zwölf Monate seinen Bericht erstellen. Der Bericht soll zunächst im Kreis der Finanz- und Wirtschaftsminister erörtert und dann dem Europäischen Rat im Juni 1989 unter spanischem Vorsitz vorgelegt werden.

Wir werden in Madrid auf der Grundlage dieser Ausarbeitung zu entscheiden haben, wie es konkret weitergeht. Die mit dem Ausbau der währungspolitischen Zusammenarbeit zusammenhängenden Fragen sind für alle Mitgliedstaaten von hoher Sensibilität. Es bestand daher in Hannover zwischen uns Einvernehmen, daß wir an diese Entwicklung pragmatisch herangehen müssen.

Der Europäische Rat hat schließlich zu wichtigen außenpolitischen Fragen Stellung genommen. An erster Stelle nenne ich die für die Zukunft Europas zentrale Frage der Entwicklung der West-Ost-Beziehungen. Durch eine konsequente Politik der Kooperation und des Dialogs haben die Zwölf zu den ermutigenden Fortschritten der jüngsten Zeit beigetra-

gen. Sie sind entschlossen, in diesem Prozeß auch weiterhin eine aktive und förderliche Rolle zu spielen.

In diesem Zusammenhang würdigt unsere Erklärung ausdrücklich die Aufnahme der offiziellen Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, RGW. Ich freue mich, daß in der letzten Woche zudem die Verhandlungen über ein Handels- und Kooperationsabkommen der Gemeinschaft mit Ungarn abgeschlossen werden konnten. Ich hoffe, daß dies bald auch mit anderen RGW-Staaten möglich sein wird. Wir haben ferner noch einmal an die von der Gemeinschaft vorgeschlagene West-Ost-Wirtschaftskonferenz erinnert sowie an die KSZE-Teilnehmerstaaten appelliert, alles zu tun, um in Wien zu einem substantiellen und ausgewogenen Abschlusssdokument zu kommen, das in allen Bereichen, insbesondere auch in jenen Bereichen, die die Menschen bewegen, im Bereich etwa der Menschenrechte Fortschritte bringt.

Die europäische politische Zusammenarbeit hat sich nicht zuletzt in unserer weltweiten Verantwortung für Frieden und Menschenrechte bewährt. Der Europäische Rat hat die Grundlinien unserer gemeinsamen Politik zu Afghanistan, zum Nahen und Mittleren Osten, zu Südafrika und dem südlichen Afrika sowie zu Lateinamerika bekräftigt.

Zu Afghanistan haben die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten ihre Bereitschaft erklärt, humanitäre Hilfe, die dringend notwendig ist, im Rahmen der Vereinten Nationen zu leisten.

Zu Südafrika darf ich anmerken, daß der Europäische Rat — wie im übrigen der Weltwirtschaftsgipfel in Toronto — an Präsident Botha einen eindringlichen Gnadennappell zugunsten der Sharpeville Six gerichtet hat. Wir haben außerdem

die Forderung erneuert, Nelson Mandela, der am 18. Juli dieses Jahres 70 Jahre alt wird, freizulassen — ebenso wie die anderen politischen Gefangenen.

Wir haben schließlich noch einmal deutlich gemacht, daß die Beziehungen der EG zu Südafrika erheblichen Belastungen ausgesetzt würden, wenn das dort geplante und dem Parlament vorliegende Gesetz über die finanziellen Zuwendungen an Anti-Apartheid-Organisationen, zu denen auch die Kirchen und Gewerkschaften gehören, vom Parlament verabschiedet würde. Vor Eintritt in seine Arbeit hat der Europäische Rat die Vorstellungen des Parlaments zu den wesentlichen Themen gehört.

Diese Begegnung mit Ihnen, Herr Präsident des Parlaments, ist inzwischen eine gute Tradition geworden. Sie ist, wie insbesondere die Arbeiten zur Umsetzung des Delors-Pakets gezeigt haben, Teil der konstruktiven, vertrauensvollen Zusammenarbeit, die durch die Bestimmungen der Einheitlichen Europäischen Akte entscheidend verbreitert und verbessert wurde.

In diesem Zusammenhang möchte ich ausdrücklich die interinstitutionelle Vereinbarung zwischen Parlament, Rat und Kommission zur Haushaltsdisziplin als für das Verhältnis der Institutionen zueinander wichtigen, in die Zukunft weisenden Schritt, noch einmal würdigen. Die Zusammenarbeit der letzten Monate war auch mit Blick auf die dritte Direktwahl im Juni 1989 ein wichtiger Beweis für das Selbstverständnis und Verantwortungsbeußsein des Parlaments. In diesem Geiste haben Parlament und Rat auch bei der Benennung des künftigen Präsidenten der Kommission zusammengewirkt.

Nachdem ich mir zu Beginn unserer Tagung im Gespräch mit den Kollegen einen Überblick und Klarheit über die Haltung aller Mitgliedstaaten verschafft

hatte, habe ich dieses Thema vertraulich mit Ihrem Präsidenten besprochen. Das erweiterte Präsidium des Parlaments hat unsere Absicht, die Amtszeit von Jacques Delors um zwei Jahre zu verlängern, begrüßt. Ich habe dieses Votum meinen Kollegen mitgeteilt und danach die entsprechende Beschlußfassung des Rates herbeigeführt. Ich glaube, wir haben auf diese Weise pragmatisch und vernünftig eine Abstimmung erreicht, die vielleicht zu einer guten Tradition werden kann.

Die Erfolge der letzten Monate, die wiedergewonnene Aufbruchstimmung wären ohne die Hilfe von vielen nicht möglich gewesen. Ich nenne noch einmal die ausgezeichnete Arbeit der Kommission, die tatkräftige Unterstützung durch alle Mitgliedstaaten und vor allem auch die Unterstützung dieses Hohen Hauses. Dafür sehr sehr herzlichen Dank.

Die Gemeinschaft hat nicht nur ihre Handlungsfähigkeit nach innen und außen tatkräftig wiederhergestellt; sie hat auch gezeigt, daß sie fähig ist, auf dem Wege voranzugehen und zu einer echten Solidargemeinschaft zu werden.

Ich habe die Entwicklung der letzten Monate in Hannover auf die einfache Formel gebracht: „Europa ist wieder da“. Wir sollten gemeinsam dafür Sorge tragen, daß es dabei bleibt. Wir müssen diese neue Dynamik erhalten und zwar in allen Bereichen. Wir müssen den von der Einheitlichen Europäischen Akte vorgezeigten Weg entschlossen weitergehen und alles tun, ungeachtet der Schwierigkeiten und mancher Opfer, die auf diesem Weg noch zu bewältigen sind, damit wir unser Ziel erreichen. Die Europäische Union, auf die sich alle Mitgliedstaaten in der Akte verpflichtet haben, ist heute nicht irgendeine ferne Vision mehr.

Wir werden 1992 die Bilanz der Reformen nach innen ziehen und gleichzeitig die bis dahin in der gemeinsamen Außen-

Wichtiger Hinweis

Die Dokumentation „Bilanz der deutschen Ratspräsidentschaft in der EG“ im grünen Teil dieses Heftes können Sie in größeren Mengen auch über das

IS-Versandzentrum

Postfach 1328

4804 Versmold

beziehen.

Bestell-Nr.: **5096**

Mindestabnahme: 50 Exempl.

Preis pro Mindestabnahme: 13,50 DM
zuzügl. MwSt.

politik gemachten Fortschritte überprüfen. Im Lichte dieser Bilanz werden wir über die weiteren Integrationsschritte zur Europäischen Union zu entscheiden haben.

Hierzu wird wesentlich auch die Frage gehören, wie wir das Gewicht des Europäischen Parlaments stärken können. Lassen Sie uns mit Mut, mit dem Blick für das Mögliche, d.h. Realismus und im Geiste des gegenseitigen Vertrauens gemeinsam an diese Aufgaben herangehen.

Lassen wir uns dabei von Jean Monnet, dessen 100. Geburtstag wir in diesem Jahr begehen, leiten. Seine Worte „Fahrt fort, fahrt fort, es gibt für die Völker Europas keine andere Zukunft als die Union“ sollten unser Leitmotiv sein. Dann werden wir unsere Aufgabe vor der Geschichte erfüllen. ■

Neuer Fraktionssprecher

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat den bisherigen Obmann im Umweltausschuß, Bernd Schmidbauer, zum neuen Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und somit zum umweltpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt.

Helmut Kohls Erfolg: Europa ist wieder da

Pressestimmen zum Europa-Gipfel in Hannover

»Die deutsche Präsidentschaft war – gemessen am politischen Stillstand der Vergangenheit – ein starkes Halbjahr für Europa ... Tatsache ist, daß die Europäische Gemeinschaft in den letzten sechs Monaten mehr Fortschritte in Richtung auf eine wirtschaftliche Integration der Zwölf erlebt hat, als in den sechs Jahren zuvor.« (Süddeutsche Zeitung, 27. Juni 1988)

»Auf dem ‚Sondergipfel‘ im Februar sind unter deutschem Vorsitz Probleme gelöst worden, die die Gemeinschaft seit Jahren blockierten ... Und seither hat sich ‚Europa‘, das seinen Bürgern schon wie eine lahme Ente vorkam, wie Phönix aus der Asche erhoben zum Flug in Richtung auf das Jahr 1992.« (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Juni 1988)

»Es ist größtenteils den Westdeutschen zu verdanken, wenn der EG-Gipfel am 27./28. Juni so ungewöhnlich frei von Angst sein wird. Zum ersten Mal seit Jahren werden die europäischen Staats- und Regie-

rungschefs nicht über Agrarpreise oder Haushaltskrisen diskutieren müssen ... die Deutschen haben dafür gesorgt, daß dieser Gipfel heiter und gelassen sein wird, ... Am stolzesten sind die Deutschen auf das Übereinkommen, den Kapitalverkehr in der EG zu liberalisieren ... , was großes Verhandlungsgeschick erfordert hat.« (The Times, 25. Juni 1988)

»Der persönliche Einsatz von Bundeskanzler Kohl, der die deutsche Präsidentschaft dazu genutzt hat, diesem erfolgreichen Gipfel den Weg zu bereiten, hat sich gelohnt ... Beflügelt durch den Erfolg kann daher Helmut Kohl sich durchaus im Glanz dieses Gipfels sonnen. Soviel Übereinstimmung gab es schon lange nicht mehr.« (Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 29. Juni 1988)

»Ehre, wem Ehre gebührt: Auch die weit verbreitete Europa-Skepsis an der deutschen Heimatfront vermag Kohls Erfolg in der Gemeinschaft nicht zu schmälern.« (Die Zeit, 24. Juni 1988)

Europa ist auf einem guten Weg Die Europapartei

CDU



*Die
Zukunft*

Agrarpolitische Erfolge der deutschen Präsidentschaft

Im Anschluß an die deutsche Agrarpräsidentschaft stellte Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle die wichtigsten Erfolge der vergangenen sechs Monate vor. In dieser Zeit ist eine grundlegende Reform der Agrarpolitik verwirklicht worden. Mit der Vorbereitung und Durchführung dieser Reform hat der Agrarminister seine Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Wesentliche deutsche Interessen sind durchgesetzt worden, die unseren Bauern auch weiterhin ein angemessenes Einkommen sichern und den bäuerlichen Familienbetrieb erhalten helfen.

Durch die gesicherte Finanzierung der Agrarpolitik der EG sind für die kommenden Jahre klare Rahmenbedingungen geschaffen und die bisher bestehenden Unsicherheiten beendet worden. Mit der Flächentilgung, der Produktionsaufgaberechte und dem Extensivierungsprogramm sind für unsere Landwirte marktgerechte, sozial- und umweltpolitisch sinnvolle Alternativen geschaffen worden, die es ihnen ermöglichen, ihre Produktion zukünftig unmittelbar gegen Einkommensausgleich einzuschränken.

Elf Mitgliedstaaten und die Kommission haben sich im Juni auf einen von der deutschen Präsidentschaft vorgelegten Kompromißvorschlag bezüglich des Preispaketes geeinigt. Wegen des griechischen Wunsches nach noch stärkeren als von der Kommission vorgeschlagenen Abbaues des griechischen Währungsausgleichs, steht der definitive Beschluß über das Preispaket noch aus. Die Kommission hat deshalb die dem Preispaket entsprechenden Marktmaßnahmen in eigener Verantwortung — zunächst befristet für einen Monat — erlassen.

Mit einer Vielzahl von Beschlüssen sind wesentliche Interessen unserer deutschen Landwirtschaft durchgesetzt worden. So ist der Abbau der monatlichen Zuschläge bei Getreide und Ölsaaten weit geringer als ursprünglich vorgesehen. Damit ist die Wirtschaftlichkeit der privaten Lagerhaltung der Landwirte auch weiterhin gewährleistet. Die bisherigen Regelungen über den maximalen Feuchtigkeitsgehalt bei Getreide sind beibehalten worden, so daß auch den Bauern in klimatisch benachteiligten Gebieten dadurch keine Einkommensverluste entstehen. Durch diese Regelung werden Preisabschläge im Bereich von 14,5 bis 15,5 % Feuchtigkeit bei der Getreideerfassung unterbunden.

Bei Butter und Zucker konnten Preissenkungen verhindert werden, die Preise für marktgängige angebaute Tabaksorten werden um bis zu 2 % steigen. Eine Erhöhung der Sonderprämie für männliche Rinder und die Mutterkuhprämie werden bei den Vorschlägen zur Änderung der Rindfleischmarktordnung geprüft werden.

Die Anpassungen bei den negativen Währungsausgleichsbeträgen bleiben sowohl vom Umfang als auch vom Zeitpunkt her unter den Anträgen der jeweiligen Mitgliedstaaten. Ein sofortiger vollständiger Abbau des Währungsausgleichs ist somit verhindert worden. Der 2 %-Einkommensausgleich, der den deutschen Landwirten bisher über die Mehrwertsteuer gewährt wurde, wird in Form eines „sozio-strukturellen Ausgleichs“ ab 1. Januar 1989 weitergezahlt werden können. Für unsere deutschen Bauern bedeutet dies, daß mit der geplanten Beihilfe die Verluste, die ihnen durch den Abbau des restlichen Währungsausgleiches entstehen würden, ausgeglichen werden.

Deutsch-Französisches Jugendwerk besteht 25 Jahre

Vor 25 Jahren wurde das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) durch den Vertrag über die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich als autonome binationale Organisation gegründet. Das DFJW hat seine Aufgabe, die Beziehungen der Jugend beider Länder enger zu gestalten und ihr Verständnis füreinander zu vertiefen, vorbildlich verwirklicht. Es hat wesentlich dazu beigetragen, daß eine vermeintliche Erbfeindschaft zu einer gefestigten Freundschaft zwischen den Deutschen und Franzosen geworden ist.

Niemand hätte vor 25 Jahren zu träumen gewagt, daß es gelingen würde, so viele Menschen am deutsch-französischen Austausch zu beteiligen. Mehr als fünf Millionen deutsche und französische Jugendliche — Schüler, Studenten, junge Berufstätige — haben die Gelegenheit genutzt, in gemeinsamen Begegnungen Erfahrungen und Kenntnisse über das andere Land zu sammeln. Über 2.800 Schulpartnerschaften, etwa 1.400 Städtepartnerschaften und über 120 Hochschulpartnerschaften sind beredte Beispiele für das dichte Netz von Beziehungen, das seit 1963 geknüpft wurde.

Beide Regierungen würden ihren finanziellen Beitrag zum Haushalt des Jugendwerks in den kommenden Jahren erhöhen, kündigten Bundesjugendministerin **Rita Süßmuth** und der französische Staatssekretär für Jugend und Sport, **Roger Bambuck**, in einer gemeinsamen Erklärung in Bonn an.

Die Rolle des Jugendwerks als „Motor grenzüberschreitender Fortbildung und

Zusammenarbeit der Jugend“ soll gestärkt werden. Der für 1992 angestrebte europäische Binnenmarkt werde auch das Jugendwerk und seine Partner vor neue Herausforderungen stellen, erklärten die beiden Politiker. Dazu gehörten grenzüberschreitende Berufsausbildung und neue Initiativen zum Erwerb der Partnersprache und im Schüleraustausch.

Existenzgründungsprogramme stark gefragt

Die Existenzgründungsförderung der Bundesregierung ist weiter gefragt. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Matthias Wissmann**, zog in Bonn eine positive Bilanz für das erste Halbjahr. Nach seinen Angaben gab es in den ersten sechs Monaten 4.508 Zusagen (Vorjahreszeitraum: 4.066) über eine Gesamtsumme von 246,4 (209,2) Millionen DM. Für das ERP-Existenzgründungsprogramm wurden 5.658 (5.307) Zusagen über 346,6 (301,1) Millionen DM erteilt.

Nach Angaben **Wissmanns** werden pro Jahr durch diese Programme etwa 43.000 Arbeitsplätze neu geschaffen oder erhalten. Im Schnitt entstünden bei Neugründungen 3,2 Arbeitsplätze und bei Betriebsübernahmen zwei zusätzliche Arbeitsplätze. **Wissmann** sprach sich angesichts dieser erfolgreichen Bilanz dafür aus, die Existenzgründungsprogramme des Bundes über 1988 hinaus fortzuführen. Im Gegensatz zu vielen anderen Subventionen werde hier ein Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels erbracht.

Schwarzmalerei widerlegt!

Zur aktuellen Finanzsituation der Städte, Gemeinden und Kreise erklärt Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Die ständige Schwarzmalerei der Opposition wegen der Entwicklung der Gemeindefinanzen wird durch die Realität widerlegt. Die statistischen Ergebnisse (Vierteljahresstatistik) über die Entwicklung der Kommunalfinanzen im 1. Quartal 1988 liegen nunmehr vor. Daraus ergibt sich folgendes Bild:

1. Die Gesamteinnahmen (+ 7,8 v. H.) sind stärker gestiegen als die Gesamtausgaben (+ 7,0 v. H.).

Im Verwaltungshaushalt wurde ein Überschuß von 1,55 Mrd. DM erwirtschaftet (1/1987 = 0,94 Mrd. DM).

2. Die Einnahmeseite des Verwaltungshaushalts weist eine sehr deutliche Zunahme der Steuereinnahmen aus (+ 11,0 v. H.), was insbesondere auf die höheren Einnahmen aus der Gewerbesteuer (+ 11,8 v. H.) und aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (+ 21,4 v. H.) zurückzuführen ist. Die Steuereinnahmen der Kommunen stiegen insgesamt im 1. Vierteljahr auf 11 Mrd. DM 1988 gegenüber 9,9 Mrd. DM im Vergleichszeitraum 1987.

Auf der Einnahmeseite des Vermögenshaushalts ist ein kräftiger Anstieg bei allen Einnahmearten zu verzeichnen.

3. Die Ausgabenseite des Verwaltungshaushalts ist gekennzeichnet durch eine Zunahme der sozialen Leistungen (+ 9,6 v. H.). Bei den Ausgaben des Vermögenshaushalts ist ein erheblicher Anstieg der Sachinvestitionen (+ 14,2 v. H.) festzustellen, der in erster Linie auf den Anstieg der Bauausgaben (+ 19,9 v. H.) zurück-

zuführen ist. Die Bauinvestitionen stiegen auf 4,6 Mrd. DM gegenüber 3,8 Mrd. DM im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Auch mittelfristig sieht die Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen trotz aller Unkenrufe günstig aus: Nach Schätzungen des Deutschen Städtetages steigen die kommunalen Steuereinnahmen unter Berücksichtigung der Steuerreform von 66,65 Mrd. DM 1988 auf 76,0 Mrd. DM 1992. Bei der Gesamtentwicklung der Gemeindefinanzen muß allerdings nach wie vor berücksichtigt werden, daß bei den rd. 8.500 kommunalen Körperschaften die finanzielle Entwicklung unterschiedlich verläuft, hier liegen die Aufgaben des kommunalen Finanzausgleichs, der nach dem Grundgesetz den Ländern aufgetragen ist.

Zitat

„Wir haben das Flugbenzin und dessen Steuerentlastung nicht erfunden. Der Steuerkompromiß ist ja ein Kompromiß, an dem zwei Fraktionen im Bund, drei Parteien, sieben Bundesländer beteiligt waren, und wenn nun die Seite, die in diesem Gesamtkompromiß dieses Flugbenzin eingebracht hatte, signalisiert, daß sie bereit sei, das aufzugeben, dann können wir wirklich nur zustimmen.“ (Alfred Dregger im „Deutschlandfunk“ vom 5. 7. 1988)

Liebe Leser,
in den Ferienmonaten Juli und August erscheint der UiD nur alle 14 Tage. Die nächste Ausgabe erhalten Sie Ende Juli.

Bernhard Vogel:

Unsere Verantwortung für Rheinland-Pfalz

Die CDU Rheinland-Pfalz kam am 2. Juli in Bad Dürkheim zu ihrem 33. Landesparteitag zusammen. Es war der erste Parteitag nach den Landtagswahlen und damit der erste nach der Bildung einer Koalitionsregierung in Rheinland-Pfalz. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Situation der Partei, eine kritische Bestandsaufnahme, zugleich aber der Blick in die Zukunft. An dem Parteitag nahmen auch Bundeskanzler Helmut Kohl und Generalsekretär Heiner Geißler teil. Beide antworteten auf kritische Fragen der Delegierten.

Helmut Kohl forderte die Delegierten auf, die Leistungen der Bundesregierung, die international große Beachtung und Anerkennung fänden, darzustellen und offensiv zu vertreten; dies sei hilfreicher als ständiges Jammern. Er wies darauf hin, daß 1990 neben der Bundestagswahl vier Landtags- und drei Kommunalwahlen anstünden: „Wir dürfen nicht vergessen, daß das Jahr 1990 praktisch ganz im Zeichen von Wahlen steht. Und das heißt für mich, daß ich 1990 parlamentarisch fast nichts mehr durchsetzen kann — es sei denn Dinge, die außerhalb des Streites stehen. Damit schrumpft die verbleibende Arbeitszeit der Bundesregierung und des Bundestages auf knapp anderthalb Jahre zusammen. Und in diesen anderthalb Jahren müssen wir neben anderem durchsetzen: die Steuerreform, die Reform des Gesundheitswesens, die Postreform und die Rentenreform.“

Helmut Kohl schloß mit den Worten: „Wir müssen unseren Kurs halten, wir

sind gewählt worden, um dieses Land voranzubringen. Wenn wir diese notwendigen Reformen in einem Jahr verwirklicht haben, dann werden wir 1990 ein glanzvolles Wahlergebnis bekommen. Aber wir müssen dafür kämpfen. Wir brauchen Mut und Zivilcourage. Wir brauchen Klugheit und dazu ein menschliches, freundschaftliches und kameradschaftliches Miteinander im Alltag. Und darum bitte ich Sie.“

Die Delegierten bedankten sich für die Rede stehend mit Ovationen.

Heiner Geißler ging unter anderem ebenfalls auf die anstehenden Reformen ein. Er sagte: „Wir sind, als Christlich Demokratische Union, sehr oft in der Schwierigkeit, und dagegen müssen wir uns wehren, dies darf auch so nicht weitergehen, daß, wenn diese Reformen angepackt werden, und sie sind eben auch mit unpopulären Entscheidungen verbunden, daß dann die große Partei, die Christlich Demokratische Union, die gesamte Last dieser Reformen auf ihre Schultern packt, und die anderen beiden Koalitionsparteien artikulieren in der Öffentlichkeit die populären Gegenargumente.“

Heiner Geißler wies auf das Spannungsverhältnis hin, in dem eine Regierungspartei stehe, die einerseits die Regierungspolitik unterstützen müsse, andererseits in einer Koalitionsregierung auch ihr eigenes programmatisches Profil bewahren müsse: „Wir sollten unsere Aufgabe als Regierungspartei mutig und überzeugt erfüllen. Die Regierung stützen, es nicht so machen wie die SPD mit ihrem Bundeskanzler, sondern die Regie-

rung stützen. Aber auf der anderen Seite alles tun, damit die Christlich Demokratische Union ihr unverwechselbares Profil als die einzige große Volkspartei der Bundesrepublik Deutschland bewahrt.“

Der Landesvorsitzende, Ministerpräsident **Bernhard Vogel**, ging in seiner Rede ausführlich auf die Situation der Partei und der Regierung in Rheinland-Pfalz ein. Er sagte u. a.:

Es ist Zeit, nach vorne zu sehen, unsere Aufgaben zu erkennen und sie zu erfüllen. Wir haben einen Führungsauftrag für dieses Land. Nur daran, wie wir ihn erfüllen, werden wir gemessen. Wir müssen das Land weiter voranbringen. Das ist zugleich die Voraussetzung für den Erfolg bei kommenden Wahlen. Die Koalition mit der FDP war die notwendige Konsequenz des Wahlergebnisses. Sie war keine Liebesheirat, sie ist ein Bündnis der Vernunft. Es hat für beide Seiten Zeit gebraucht, sich auf die neue Situation einzustellen.

Wir haben im ersten Jahr der gemeinsamen Arbeit vieles auf den Weg gebracht. Die ersten zwölf Monate wurden gut genutzt. Wir haben einen soliden Doppelhaushalt für 1988 und 1989 verabschiedet, und dieser Haushalt trägt mit den Schwerpunkten, die dort gesetzt sind, **unsere** Handschrift. Vorrangiges Ziel bleibt die Bewältigung der Arbeitslosigkeit. Es geht um die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit. Es geht um zukunftsfähige Arbeitsplätze und um den Abbau vorhandener Strukturschwächen im Land.

Es ist **unsere** Politik, daß im Haushalt die Investitionsausgaben Vorrang haben. Wir haben die Wirtschaftsförderung gestärkt und führen die Programme „Neue Technologien“ und „Umwelt“ sowie das „Agrarprogramm“ fort. Unverändert haben wir einen deutlichen Schwerpunkt in der Familienpolitik; trotz der schmerz-

haften Verringerung des Zuschusses für die Kindergärten leisten wir in diesem Doppelhaushalt für die Familie nicht weniger, sondern **mehr**. Rheinland-Pfalz gehört zu den ganz wenigen Ländern, die ein eigenes Landesfamiliengeld kennen. Unsere Stiftung „Familie in Not“, die schwangeren Frauen hilft, ist eine beispielhafte Leistung. Nur in Rheinland-Pfalz helfen wir mit dem Landespflegegeld 10.000 vom Schicksal besonders hart getroffenen Menschen.

Neues Wahlrecht für uns nützen

Wir haben die im Koalitionsabkommen für die Kommunalwahl 1989 vereinbarte Änderung des Kommunalwahlgesetzes auf den Weg gebracht. Es wird kritisiert, daß wir diese Änderungen nicht so intensiv und ausführlich in der Partei diskutiert haben, wie das mit den Änderungen von 1982 der Fall gewesen ist. Ich habe dafür Verständnis. Wir haben nicht aus Unbedachtsamkeit oder Überheblichkeit so gehandelt, sondern aus Führungsverantwortung. Wir mußten einhalten, was wir mit Zustimmung der Partei und der Landtagsfraktion mit dem Koalitionspartner vereinbart haben. Es muß klar sein: Die CDU steht zu ihrem Wort, so wie wir erwarten, daß der Koalitionspartner zu dem steht, was er uns zugesagt hat.

Wir haben im Gesetzgebungsverfahren aus diesem Wunsch des Koalitionspartners das Beste für unser Land gemacht. Wir werden ein Wahlrecht haben, das in drei Ländern mit gutem Erfolg praktiziert wird. In drei Ländern, die von der Union geführt werden; zwei von ihnen mit absoluter Mehrheit.

Kein Zweifel: Das neue Kommunalwahlrecht erweitert die Mitwirkungsrechte für die Bürger ganz erheblich. Es steht uns gut an, dies offensiv zu vertreten. Dann wird es uns nützen und nicht schaden. Wir haben die Persönlichkeiten, die von den Wählern anderer Gruppen und Par-

teien panaschiert werden. Wir haben die Chance, den Beweis dafür anzutreten, daß nicht andere von dieser Änderung des Wahlrechtes profitieren, sondern wir!

... der Kritik gestellt

Viele Mitglieder der Partei sind mit dem Erscheinungsbild der CDU nicht zufrieden. Es herrscht bei Gott nicht eitel Wonne. Ist das eine Ärgernis vom Tisch, steht das nächste ins Haus.

Es wird von den Mitgliedern in Bund und Land geklagt, daß sie zu wenig gefragt werden. Man versteht zwar, daß eine Partei, eine Regierung, die eine Vielzahl notwendiger und großer Aufgaben anpackt, wie es ihr Auftrag ist, in der Phase von Diskussion und Entscheidung nicht von übermäßiger Zustimmung der Wähler getragen sein kann; aber viele kritisieren, daß die Erfolge nicht deutlich genug herausgestellt werden, wohingegen Ärgernisse, die vermeidbar wären, selbst von sich reden machen. Solche Kritik muß ernst genommen werden. Wir haben uns ihr gestellt:

Fünfzehn Kreiskonferenzen, mehr als siebenzig Stunden Diskussion mit 2.500 Mandats- und Funktionsträgern der Partei, Rede und Gegenrede mit Mitgliedern aus den Orts-, Gemeinde- und Kreisverbänden. Dieser Kontakt war nötig und nützlich. Im Hinblick auf das, was wir tun müssen, was sich ändern muß. Die Konferenzen waren Anstoß. Die Arbeit, die dort begonnen worden ist, muß fortgesetzt werden: Im Landesvorstand, auf Kreisebene, auf der Ebene der Gemeindeverbände, in der gesamten Partei.

Wir müssen lebendiger und offener, effektiver und schlagkräftiger werden. Wir müssen uns erneuern. Wir müssen uns selbstverständlich fragen, ob wir den Ansprüchen genügen. Wir müssen über die Struktur unserer Partei nachdenken, die sich verändern muß, wenn wir schlag-

kräftig bleiben wollen. Die Kommunalwahlen und die Europawahlen stehen vor der Tür, in zwei Jahren sind Bundestagswahlen; in drei Jahren Landtagswahlen.

Unsere Erfolge müssen besser dargestellt werden. Nicht nur im Bund, wo wir darin nicht goldmedaillenverdächtig sind, sondern auch hier bei uns muß das besser werden.

Generalsekretär: Vorschlag auf dem November-Parteitag

Unsere Satzung gibt seit 1974 dem Landesparteitag die Möglichkeit, auf Vorschlag des Landesvorsitzenden einen Generalsekretär zu wählen. Ich habe von diesem Vorschlagsrecht bisher keinen Gebrauch gemacht. Unter den veränderten Umständen halte ich es jetzt für richtig, davon Gebrauch zu machen. Ich will dem Landesparteitag im November einen Generalsekretär zur Wahl vorschlagen. Seine Aufgabe soll es sein, den Vorsitzenden bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen und im Einvernehmen mit ihm

- den ständigen Kontakt zu den Bezirksverbänden, zu den Kreisverbänden und den Vereinigungen zu halten,
- die thematische Arbeit vorzubereiten und zu begleiten,
- einen wichtigen Beitrag zur Darstellung des Profils der CDU nach außen zu leisten.

Hart arbeiten, um unsere Ziele zu erreichen

Wir durchschreiten gegenwärtig keine einfache Strecke. Die Bundespartei nicht, die Landespartei nicht. Wir haben ein Arbeitspensum zu bewältigen wie kaum zuvor. Es sind Aufgaben von beträchtlicher Größenordnung. Auf Bundesebene solche, die andere lieber liegengelassen

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Bundesfachausschuß fordert Ausbau der familienpolitischen Leistungen

Der Bundesfachausschuß Familienpolitik der CDU bekräftigt die Beschlüsse der letzten Familienministerkonferenz des Bundes und der Länder, die unter Vorsitz von Rita Süßmuth insbesondere die materielle Situation von Familien sowie Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit beraten hat. Die gesellschaftlichen Bedingungen müssen familienfreundlich verändert werden. Der Bundesfachausschuß befürwortet mit Nachdruck den Ausbau der familienpolitischen Leistungen, stellt dessen Vorsitzende MdL Rita Waschbüsch fest.

Notwendig sind vor allem Verbesserungen im Rahmen des Familienlastenausgleichs. Wichtige Schritte zur Unterstützung der Familie sind die schrittweise

Erhöhung und Weiterentwicklung des Kindergeldes, der Ausbau des Erziehungsgeldes und des Erziehungsurlaubes sowie eine Erweiterung des Anspruchs auf Unterhaltsvorschuß für alleinerziehende Eltern.

Familienarbeit muß ebenso wie Erwerbsarbeit gesellschaftliche Anerkennung finden. Der Bundesfachausschuß Familienpolitik setzt sich deshalb dafür ein, daß Pflegetätigkeit bei der Alterssicherung anerkannt wird. Dies soll im Zusammenhang mit der bevorstehenden Rentenstrukturreform realisiert werden. Diese rentenpolitische Maßnahme kommt insbesondere Frauen zugute, da 80 Prozent der häuslichen Pflegeleistungen von ihnen erbracht werden.

Eine positive Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen führt zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Dies ließe sich verwirklichen durch mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung: Flexiblere Tagesarbeitszeiten, flexiblere Öffnungszeiten von Kindergärten und Schulen sowie mehr Teilzeitarbeitsplätze sind erste Schritte dazu.

Insbesondere muß der Wiedereintritt von Müttern und Vätern in das Erwerbsleben erleichtert werden. Dabei können Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für den Übergang von der Familienarbeit in das Erwerbsleben eine große Hilfe sein. Der Bundesfachausschuß Familienpolitik fordert deshalb, daß noch in dieser Legislaturperiode die in der Koalitionsvereinbarung vorgesehenen Maßnahmen zur Stärkung und Entlastung von Familien realisiert werden.

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

haben, statt sie — wie es der Auftrag des Wählers war — anzupacken.

Auch im Land haben wir Aufgaben, die unsere ganze Kraft in Anspruch nehmen. Lassen Sie uns hart arbeiten. Ich bin überzeugt, daß wir es schaffen können, die Aufgaben zu lösen, die uns heute gestellt sind, und den Aufbruch in die neunziger Jahre vorzubereiten. Wir werden es schaffen. Aber keiner von uns allein, sondern wir alle gemeinsam.

Der vollständige Wortlaut der Rede des CDU-Landesvorsitzenden ist bei der Landesgeschäftsstelle der CDU Rheinland-Pfalz, Rheinallee, 6500 Mainz, erhältlich.

Trotz Anstieg der Beschäftigtenzahl nur leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit

Der Beginn der Sommerpause mit dem Ferienanfang in einigen Bundesländern, der dadurch bedingten Zurückhaltung der Unternehmer bei Neueinstellungen und dem Auslaufen von Ausbildungsverhältnissen hat wie in jedem Jahr dazu geführt, daß sich die Arbeitsmarktentlastung im Juni gegenüber dem Frühjahr abgeschwächt hat. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit war jedoch deutlich kräftiger als im vergangenen Jahr.

Dabei ist erfreulich, daß der Abbau der Jugendarbeitslosigkeit im Jahresvergleich unverändert fortschreitet und daß die Nachfrage nach Arbeitskräften erneut zugenommen hat. Mit 201.200 — 10 Prozent mehr als vor einem Jahr — waren bei den Arbeitsämtern erstmals seit 1981 zu Sommeranfang wieder mehr als 200.000 unbesetzte Stellen registriert; hinzu kommen die vielen Stellenangebote, die in Zeitungen veröffentlicht werden.

Positiv zu bewerten ist auch der **anhaltende Beschäftigungsanstieg**. Die Zahl der Erwerbstätigen hatte im Mai mit 26,0 Millionen den höchsten vergleichbaren Stand seit 1981 erreicht. Der Wert von Mai 1987 wurde um 108.000, der Stand von Mai 1983 um 737.000 überschritten.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß dieser Aufwärtstrend sich in der zweiten Jahreshälfte fortsetzen wird. Das wirtschaftliche Wachstum hat sich in den vergangenen Monaten beschleunigt. Nachfrage und Produktion steigen. Die Geschäftslage der Industrie wird von den Unternehmen so günstig beurteilt wie seit eineinhalb Jahren nicht mehr. Die Stimmung in der Wirtschaft allgemein hat sich

deutlich gebessert. Alle pessimistischen Wachstumsprognosen haben sich als falsch erwiesen.

Trotz dieser günstigen Entwicklung wird sich die Arbeitslosigkeit jedoch ohne zusätzliche Anstrengungen aller am Wirtschaftsleben Beteiligten nicht rasch und nachhaltig verringern lassen. Zu stark nimmt die Nachfrage nach Arbeitsplätzen immer noch zu, vor allem aufgrund der weiter steigenden Erwerbsneigung der Frauen, aber auch bedingt durch das Hineinwachsen junger Ausländer ins Erwerbsalter und die zunehmende Zahl arbeitsuchender Ausländer. ■

Aufwärtstrend bei Wohnungsbaugenehmigungen hält weiter an

Der schon im ersten Quartal dieses Jahres deutlich gewordene kräftige Anstieg der Baugenehmigungen im Wohnungsbau hat sich fortgesetzt. Im April dieses Jahres wurden 18.876 Wohnungen neu genehmigt, gegenüber 16.726 ein Jahr zuvor. Dies ist ein Anstieg um 12,9 Prozent. Insgesamt lag der Anstieg in den Monaten Januar bis April 1988 bei 10,5 Prozent. Am stärksten fiel wieder der Anstieg bei den Einfamilienhäusern mit 17,0 Prozent aus. 9.281 Einfamilienhäuser wurden neu genehmigt. Ein kräftiger Anstieg war auch bei den Baugenehmigungen für Eigentumswohnungen mit 26,5 Prozent zu verzeichnen. Hier stieg die Zahl der Genehmigungen auf 3.113 gegenüber 2.460 im April 1987. Bei den Wohnungen in Mehrfamilienhäusern lag die Steigerungsrate der Genehmigungen bei 16,7 Prozent.

Ein Leben für die deutsche Einheit

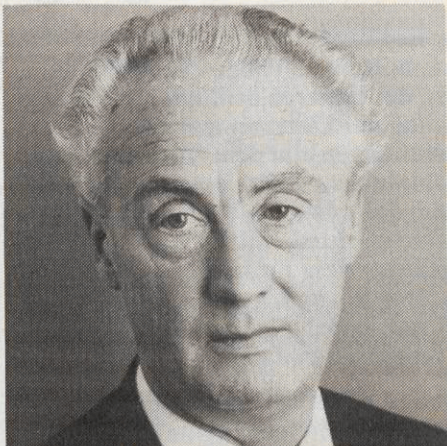
Bundeskanzler Helmut Kohl zum Tode von Johann Baptist Gradl

In Berlin verstarb im Alter von 84 Jahren Johann Baptist Gradl. Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, würdigte die Verdienste des Verstorbenen indem er feststellte: Unser Vaterland, die freiheitliche Demokratie und die Union haben ihm viel zu verdanken. Johann Baptist Gradl hatte die deutsche Einheit in Freiheit zu seiner Lebensaufgabe gemacht. Bis zuletzt hat er leidenschaftlich nach Wegen gesucht, die zur Wiedervereinigung im Rahmen einer Friedensordnung für ganz Europa führen. Immer wieder hat er gerade seine eigene Partei gemahnt, im Willen zur Einheit der deutschen Nation nicht nachzulassen und sich der Verantwortung für das ganze Deutschland zu stellen. Sein sachkundiger und engagierter Rat hat der Union jederzeit viel bedeutet.

Im Deutschen Bundestag hat Johann Baptist Gradl 23 Jahre lang Berlin vertreten. Die alte Reichshauptstadt, in der er 1904 geboren wurde, hat ihn geprägt und sein gesamtdeutsches Denken bestimmt.

Als gläubiger Katholik fand er in der Zentrumspartei frühzeitig seine politische Heimat. Das Scheitern der Weimarer Republik und die Erfahrung der Hilfslosigkeit seiner politischen Freunde gegenüber der nationalsozialistischen Diktatur formten sein standhaftes Engagement für die freiheitliche Demokratie, die er 1945 wieder mitgestalten konnte.

An der Seite von Andreas Hermes, Heinrich Krone und Jakob Kaiser hat er im zerstörten Berlin die Verbindungen mitgeschaffen, die zur Gründung der Christlich Demokratischen Union Deutschlands führten. Nach hartem Konflikt mit der sowjetischen Besatzungsmacht mußte auch er 1947/48 in



den Westen gehen. In der Exil-CDU, der Vertretung der Christlichen Demokraten Mitteldeutschlands, hat er seine politische Arbeit, zuletzt als Vorsitzender von 1970 bis 1987, fortgesetzt.

Johann Baptist Gradl war ein unabhängig denkender Kopf. Gerade nach seinen Weimarer Erfahrungen suchte er in den wesentlichen nationalen Fragen die Gemeinsamkeit der Demokraten. Das Kuratorium Unteilbares Deutschland verdankt ihm seine Gründung und seine Wirkung.

Unter Bundeskanzler Ludwig Erhard war er Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, für kurze Zeit auch Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. Auch in diesen Ämtern wie auch in seiner breiten publizistischen Tätigkeit hat Johann Baptist Gradl sich beispielhaft für die Einheit seines Vaterlandes in Freiheit und für den Frieden in Europa eingesetzt.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Christlich Demokratische Union Deutschlands sind dem Patrioten Johann Baptist Gradl zu großem Dank verpflichtet.

Bundesregierung hilft den Vereinen

Während die SPD noch lamentiert und ihre Verunsicherungskampagne ungehemmt fortsetzt, handeln Bundesregierung und Koalition von CDU/CSU und FDP. Sie setzen in die Tat um, was Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung ankündigte: Wir wollen das ehrenamtliche Engagement stärken.

Im einzelnen hat sich die Koalition auf folgende Maßnahmen verständigt, die Bundeskanzler Helmut Kohl am 1. 6. 1988 dem Deutschen Sportbund mitgeteilt hat (siehe UId 18/1988)

1. „Die Sportvereine bleiben gemeinnützig.
 2. Die Spendenabzugsfähigkeit bleibt wie bisher erhalten.
 3. Die Übungsleiterpauschale bleibt wie bisher bestehen.
 4. Für die wirtschaftlichen Aktivitäten der Vereine wird eine Gewichtsgrenze von 60.000 DM Umsatz eingeführt, bis zu der keine Körperschafts- und Gewerbesteuerpflicht besteht. Für die Zweckbetriebe der sportlichen und kulturellen Veranstaltungen wird darüber hinaus ebenfalls eine Zweckbetriebsgrenze von 60.000 DM eingeführt. Für die Umsatzbesteuerung wird ein vereinfachtes Verfahren angestrebt.
 5. Darüber hinaus werden bei der Körperschafts- und Gewerbesteuer die bisherigen Freibeträge bzw. Freigrenzen von 5.000 DM jeweils auf einen Freibetrag von 7.500 DM angehoben.
 6. Diese Verbesserungen, die eine durchgreifende Vereinfachung für über 90% der Vereine bringen, werden zeitgleich mit der Steuerreform 1990 in Kraft treten.“
- Die geltenden steuerlichen Regelungen für die gemeinnützigen Vereine haben sich in der Praxis als zu kompliziert

erwiesen. Die steuerlichen Verpflichtungen belasten die ehrenamtlich geführten Vereine, insbesondere die kleineren und mittleren, in unzumutbarer Weise und behindern zunehmend das ehrenamtliche Engagement. Der Einsatz freiwilliger Helfer darf jedoch steuerlich nicht „bestraft“ werden, sondern muß als gemeinschaftsbildende Arbeit — vor allem im Bereich der Jugendpflege — gefördert werden.

Die vorgesehenen Maßnahmen, auf die sich die Koalition verständigt hat, lösen dieses Problem, indem sie die Vereine weitgehend von der Steuerpflicht befreien. Dort, wo die Vereinstätigkeit steuerrelevant wird, werden die Vorschriften drastisch vereinfacht.

Es handelt sich also um praktikable, die Rechtssicherheit fördernde Regelungen, die sowohl der ideellen als auch der wirtschaftlichen Betätigung der Vereine gerecht werden.

Das wichtigste Element der Neuregelung ist die Einführung von Gewichtsgrenzen. Ein Verein, der im Zweckbetrieb wie im wirtschaftlichen Bereich unter diesen Grenzen bleibt, ist von der Körperschafts- und Gewerbesteuer befreit!

Dies gilt im Zweckbetrieb auch dann, wenn Aufwandsentschädigungen über 700 DM monatlich an Sportler gezahlt werden.

Auch für den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (Vereinsfeste, Werbung) gibt es eine Gewichtsgrenze von 60.000 DM im Jahr.

Überschreitet ein Verein mit seinen sportlichen oder kulturellen Veranstaltungen im Zweckbereich die Gewichtsgrenze von 60.000 DM (Umsatz) im Jahr, wird daraus ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb. Die Umsätze werden

dann den übrigen Umsätzen aus wirtschaftlichem Betrieb zugerechnet. Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer fallen aber auch in diesen Fällen kaum an, weil

- die bisherigen Freibeträge und Freibgrenzen auf einen echten Freibetrag von 7.500 DM angehoben werden und
- die üblichen Verluste aus sportlichen Veranstaltungen jetzt mit den Überschüssen aus anderen Betätigungen verrechnet werden können.

Gerade dies hatte immer wieder der Deutsche Sportbund gefordert.

Der Verein behält seine Gemeinnützigkeit, auch wenn er im Zweckbetrieb die Grenze von 60.000 DM überschreitet und kann z. B. wie bisher steuerbegünstigte Spenden erhalten.

Selbstverständlich bleibt die Vermögensverwaltung — wie bisher — steuerfrei. Damit ist das Ziel erreicht, Sport- und Kulturvereine weitgehend von der Steuer zu entlasten und Steuervorschriften zu vereinfachen.

Bundesregierung und Koalition haben Wort gehalten: Die Vereine und die ehrenamtlichen Helfer werden unterstützt. In Zukunft kann wieder jeder ohne Besorgnis und ohne besondere steuerlichen Vorkenntnisse Vorsitzender oder Kassenwart in einem gemeinnützigen Verein sein.

Seehundgebiete für Schiffahrt gesperrt

Zwei Monate nach Beginn des Seehundsterbens vor der schleswig-holsteinischen Nordseeküste hat Bundesverkehrsminister Warnke Teile des Wattenmeers für die Schiffahrt gesperrt. Das Ministerium teilte mit, während der Setz- und Aufzuchtzeit solle damit jegliche Störung der Tiere vermieden werden.

Weitere Materialien vom 36. Bundesparteitag

Rede Helmut Kohl

„Die CDU als moderne Volkspartei“ Rede des Bundesvorsitzenden vom dritten Tag des 36. BPT mit dem Beschluß zur Organisations- und Finanzreform der Partei.

Nr. 3094

Mindestabnahme: 25 St.

Preis je 25 St: 10,— DM

Beschluß: Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes

Nr.: 5092

Mindestabnahme: 50 Expl.

Preis je 50 St: 16,— DM

Beschluß: Unsere Verantwortung in der Welt

Nr.: 5093

Mindestabnahme: 50 Expl.

Preis je 50 St: 22,50 DM

Broschüre: Über menschliches Leben darf nicht verfügt werden

Dokumentation der Diskussion und der Beschlüsse des 36. BPT zum Schutze des Lebens und der Würde des Menschen

Nr.: 5095

Mindestabnahme: 25 Expl.

Preis je 25 St: 25,— DM

Alle Preise inkl. Versand zuzügl. MwSt.

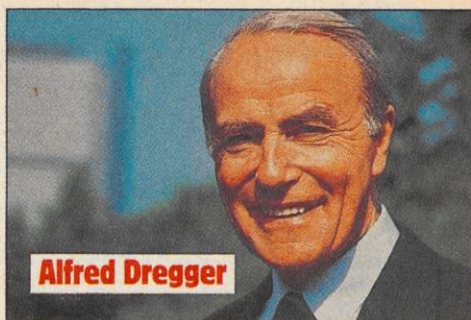
Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 1328, 4804 Versmold



Helmut Kohl

**Unserem Land
die Zukunft
sichern**



Alfred Dregger

**Reformen zum
Wohle der Bürger
und der Nation**

Rede auf dem
36. Bundesparteitag
13.-15. Juni 1988
Wiesbaden



Heiner Geißler

**CDU:
Grundsatztreu und
zukunfts offen**



Bestell-Nr. 3089

Rede: Helmut Kohl

Preis je 25 Stück: 22,50 DM

Bestell-Nr. 3090

Rede: Heiner Geißler

Preis je 25 Stück: 22,50 DM

Bestell-Nr. 3091

Rede: Alfred Dregger

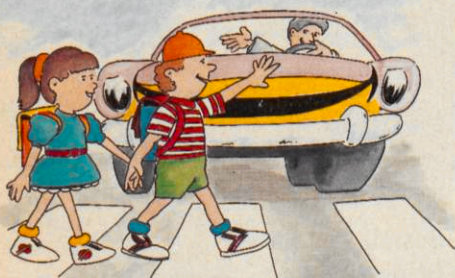
Preis je 25 Stück: 22,50 DM

Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum
Postfach 13 28
4804 Versmold**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Liebe Autofahrer,
bitte Vorsicht!



Schule hat begonnen.



Bestellungen über das

IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

Plakat: Schule hat begonnen

Achtung! In einigen Bundesländern gehen die Sommerferien schon wieder dem Ende zu. Denken Sie daher rechtzeitig an Ihre Bestellung für das Plakat „Schule hat begonnen“. Erinnern Sie die Verkehrsteilnehmer an eine rücksichtsvolle und angepasste Fahrweise, durch eine Plakataktion an den Schulwegen. Helfen Sie mit, den Schulanfang bzw. den Schulweg für unsere Kinder zu erleichtern.

Plakat DIN A1: Schule hat begonnen

Bestell-Nr. 8984

Mindestabnahme (Ma): 50 St.

Preis je Ma: 25,— DM

UID

22/88

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421.
Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.